



Sitzungsvorlage
200/169/2014

Amt/Abteilung: Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung Datum: 21.08.2014	Aktenzeichen: 240		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	08.09.2014	Vorberatung	N
Hauptausschuss	16.09.2014	Vorberatung	N
Stadtrat	30.09.2014	Entscheidung	Ö

Betreff:

1. Nachtragshaushaltssatzung 2014 mit Nachtragshaushaltsplan, Nachtragsstellenplan sowie Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Nachtragshaushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1. im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	112.198.248,00 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>127.288.316,00 €</u>
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 15.090.068,00 €

2. im Finanzhaushalt

die ordentlichen Einzahlungen auf	105.666.163,00 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>114.591.119,00 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	- 8.924.956,00 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	14.245.889,00 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>25.062.330,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	- 10.816.441,00 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	22.257.897,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>2.516.500,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	19.741.397,00 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	142.169.949,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>142.169.949,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	- 0,00 €

3. Verpflichtungsermächtigungen 7.240.000,00 €

4. über den Nachtragsstellenplan
5. die Verbindlichkeit der Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2015 - 2017

Begründung:

Die Ämter und Abteilungen wurden von Seiten der Kämmereiabteilung aufgefordert, sich abzeichnende Veränderungen vorzulegen. Zwischenzeitlich wurden alle Veränderungen, die zum oben aufgeführten Ergebnis führen, in einen Nachtragshaushaltsplan eingearbeitet, der nun beschlossen werden soll.

Ergebnishaushalt:

Im Ergebnishaushalt verschlechtert sich der im 1. Nachtragshaushalt veranschlagte Jahresfehlbetrag von 14.298.866 um 791.202 Euro auf insgesamt 15.090.068 Euro.

Dieses Ergebnis resultiert aus Mehrerträgen in Höhe von 1.609.783 Euro und Mindererträgen von 297.566 Euro sowie Mehraufwendungen von 2.305.090 Euro und Minderaufwendungen in Höhe von 201.671 Euro. Der im 1. Nachtragshaushalt veranschlagte Gesamtbetrag der Aufwendungen von bisher 125.184.897 Euro auf insgesamt 127.288.316 Euro. Parallel dazu erhöht sich der Gesamtbetrag der Erträge von bisher 110.886.031 Euro um 1.312.217 Euro auf insgesamt 112.198.248 Euro.

Positive Auswirkungen erfährt der Nachtragshaushalt durch die Entlastungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen im Sozialbereich. Durch die schrittweise Übernahme der Aufwendungen für die Grundsicherung durch den Bund kann der Ansatz bei den Zuweisungen durch das Land um 447.672 Euro auf nunmehr 2.527.422 Euro erhöht werden.

Weiterhin konnte auf der Ertragsseite im Bereich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz durch den Anstieg der Kostenbeteiligungen des Landes der Ansatz um 300.000 Euro erhöht werden. Dieser Anstieg resultiert jedoch aus einem Anstieg der erstattungsfähigen Aufwendungen. Der Anstieg der Fallzahlen beläuft sich mittlerweile auf 150 Fälle.

Auf der Aufwandsseite im sozialen Bereich sind insbesondere der Anstieg der Aufwendungen um 600.000 Euro in der Eingliederungshilfe, sowie die Erhöhung des Ansatzes im Asylbereich um 300.000 Euro als wesentlich zu nennen. Ein zusätzlicher Anstieg um knapp 600.000 Euro für die Kosten der Unterkunft und Heizung sind auf die kontinuierlichen Kostensteigerungen, insbesondere bei den Mietpreisen zurückzuführen.

Der Anteil der wiederkehrenden Beiträge für den Straßenunterhalt erfuhr einen Anstieg um 300.000 Euro.

Aufwandsminderungen ergaben sich unter anderem bei den sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen um 127.700 Euro, begründet durch zeitliche Verschiebungen, sowie bei dem Produktkonto 5731.5231 „Unterhalt von Grundstücken und Außenanlagen“ um 161.000 Euro auf 796.000 Euro, bedingt durch ein günstiges Ausschreibungsergebnis für die Bodensanierung.

Bei Produktkonto 23101.5245 „Lehr- und Lernmittel“ wurde der Ansatz um rund 95.000 Euro auf rund 115.000 Euro erhöht. Die Ansatzserhöhung ist auf die Übertragung nicht ausgeschöpfter Budgetmittel aus dem Vorjahr zurückzuführen.

Beim Produktkonto 5410.52339 konnte der Haushaltsansatz aufgrund der Verschiebung der Sanierung der Straßenbeleuchtungsanlagen in die Folgejahre im laufenden Haushaltsjahr um insgesamt 450.000 reduziert werden. Um den Einsparungsbetrag werden die Haushaltsansätze der Folgejahre um jeweils 150.000 Euro entsprechend erhöht.

Eine Ansatzserhöhung musste bei Produktkonto 5551.56512 „Verlust aus Anlagenabgängen“ veranschlagt werden. Der Ansatz wurde aufgrund der Veräußerung des Grundstückes zum Wert von 1 Euro für die Errichtung eines Hospizes von 0 Euro auf rund 95.000 Euro entsprechend erhöht.

Eine Erhöhung des Ansatzes im Aufwand wurde bei Produktkonto 2211.54144 „Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Zweckverbände“ in Höhe von 222.758 Euro veranschlagt. Dies begründet sich mit der Umlagefinanzierung der Umbaukosten für die Verlagerung der Außenstelle der Paul-Moor-Schule nach Landau.

Bei den Finanzaufwendungen konnten die Haushaltsansätze aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus um 79.054 Euro weiter reduziert werden, während die Finanzerträge um über 281.958 Euro erhöht werden konnten. Dies ist unter anderem auf die höhere Gewinnausschüttung der Sparkasse Südliche Weinstraße in Höhe von rund 190.000 Euro sowie der Vollverzinsung aus der Gewerbesteuer zurückzuführen. Diese Vollverzinsung aus der Gewerbesteuer erfuhr einen Anstieg um 90.000 Euro von ursprünglich 280.000 Euro auf 370.000 Euro. Diese Erhöhung führt letztendlich dazu, dass sich das Finanzergebnis um insgesamt 361.012 Euro verbessert. Die Zinsaufwendungen konnten

aufgrund der weiterhin anhaltenden Niedrigzinsphase um 150.000 Euro gemindert werden.

Finanzhaushalt:

Im Finanzhaushalt verschlechtert sich der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen um 751.800 Euro. Er weist nunmehr ein Defizit von insgesamt 8.924.956 Euro aus. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die gleiche Begründung wie bereits beim Ergebnishaushalt, da die veranschlagten Konten in gleicher Höhe ihren Niederschlag auch im Finanzhaushalt finden.

Zum Investitionshaushalt ist anzumerken, dass sich der Gesamtkreditbedarf zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 11.736.867 Euro auf 13.363.888 Euro erhöht hat. Dieser Betrag beinhaltet auch sämtliche Investitionen, die im Zusammenhang mit der Landesgartenschau 2015 stehen, sowie den Eigenbetrieb Gebäudemanagement.

Der Kreditbedarf von Kernhaushalt plus GML aber ohne LGS und ohne die Sonderfinanzierungen (D 9, D 10 und die Baulandstrategie) beläuft sich nunmehr auf 7.261.399 Euro (Ursprungshaushalt 7.960.005 Euro). Darin enthalten ist ein „Kreditvortrag aus den Jahren 2011, 2012, 2013 in Höhe von rd. 4 Mio. Euro“, den die ADD bewilligt hat. Der von Seiten der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier vorgegebene Gesamtbetrag der Kreditemächtigungen für das Haushaltsjahr 2014 wird demnach nicht überschritten.

Die Erhöhung des Kreditbedarfes ist im Wesentlichen auf die LGS-Maßnahmen zurückzuführen, da aufgrund der Kampfmittelondierungen die Maßnahmen nicht wie geplant im Haushaltsjahr 2013 durchgeführt werden konnten und die Maßnahmen weitestgehend erst in diesem Haushaltsjahr umgesetzt und dementsprechend kassenwirksam werden sowie der Verschiebung der Durchführung der Landesgartenschau auf das Haushaltsjahr 2015. Der Kreditbedarf für die LGS erhöht sich folglich von 2.016.862 Euro auf 5.217.489 Euro. Insgesamt führt dies jedoch nicht zu einer weiteren Erhöhung der Gesamtfinanzierung der LGS 2015.

Der Kreditbedarf des Eigenbetriebes Gebäudemanagement vermindert sich von bisher 3.405.300 Euro auf nunmehr 2.547.447 Euro, so dass sich rechnerisch für das Haushaltsjahr 2014 nun ein Gesamtkreditbedarf von 13.363.888 Euro für Stadt und GML ergibt.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von bisher 13.602.839 Euro stiegen um 643.050 Euro auf insgesamt 14.245.889 Euro an. Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von bisher 21.934.406 Euro erfuhren einen Anstieg um 3.127.924 Euro auf 25.062.330 Euro.

Die Erhöhungen der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beruhen im Wesentlichen auf Veränderungen bei den Maßnahmen für die LGS (Fußgänger- und Radfahrerbrücke Ost, Neubau Bahnhaltopunkt Süd, Grüne Fuge, Spiel- und Freizeitcampus, Landschaftsachse/Birnbachtal, Sporthalle mit Funktionsgebäude, Kampfmittelondierung) sowie auf Anpassungen der Ansätze für Straßenbaumaßnahmen (Baulandstrategie, dem Ankauf von Grundstücken, Straßenbeleuchtung,

Heinrich-Heine-Platz, Erschließung D 10 und KAB, K9 Ausbau Böchinger Straße, Erweiterung des Kreisverkehrs Nord), den im Haushaltsplan noch nicht veranschlagten Mitteln für den Ausbau der Hartmannstraße in Höhe von 250.000 Euro, sowie der Anpassung der Maßnahme Konversion Süd an die Kofi.

Bei Produktkonto 12601.091008 „Teleskopmast“ wurde eine Kostenminderung von 140.000 Euro veranschlagt. Diese Reduzierung wurde aufgrund des Ausschreibungsergebnisses vorgenommen.

Die Maßnahme „Aktion Blau Plus“, Produktkonto 5521.096318, wurde in das Haushaltsjahr 2015 verschoben, woraus im Haushaltsjahr 2014 Minderauszahlungen von 500.000 Euro resultieren.

Ebenfalls eine kreditwirksame Veränderung im Nachtrag 2014 stellt die Ansatzerhöhung für Darlehen des Sozialamtes an Hilfeempfänger um 103.000 Euro dar; Produktkonto 31154.136212. Dieser Anstieg ist durch neu hinzugekommene Fälle begründet.

Investitionen des GML:

Bei den Investitionen des GML kommt es zu einer Verschiebung des Sporthallenneubaus der BBS, einer Kostenminderung bei der Generalsanierung der BBS sowie der Verschiebung der Maßnahme Mensa Schulzentrum Ost in Folgejahre. Einsparungen sind bei der Modernisierung der Schule im Fort zu verzeichnen.

Während sich die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kreditaufnahmen) von ursprünglich 19.021.223 Euro auf 22.257.897 im Nachtrag erhöht haben, bleiben die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Tilgungen) auf dem Niveau von 2.516.500 Euro.

Da der Ergebnishaushalt defizitär ist, müssen Kredittilgungen über Liquiditätskredite finanziert werden. Die Kredittilgung des Kernhaushaltes beläuft sich auf 2,5 Mio. Euro (ohne GML).

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung steigt im Rahmen des Nachtragshaushaltes von bisher veranschlagten 10.689.656 Euro um 751.800 Euro auf 11.441.456 Euro an.

Hinsichtlich des Stellenplans ergibt sich eine marginale Stellenmehrung von 412,65 Stellen um 0,19 Stellen auf 412,84 Stellen.

Auswirkung:

Siehe Sitzungsvorlage

Anlagen:

- Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014
- Teilhaushalte
- Darstellung der Veränderungen im Investitionshaushalt
- Gesamtübersicht - Gegenüberstellung Ursprungshaushalt und Nachtragshaushalt 2014
- Darstellung der Veränderungen im Ergebnishaushalt
- Ergebnishaushalt 2014, 1. Nachtrag
- Finanzhaushalt 2014, 1. Nachtrag
- Nachtragsstellenplan
- Entwurf des 1. Nachtragswirtschaftsplans des GML

Beteiligtes Amt/Ämter:

Hauptamt
Gebäudemanagement

Schlusszeichnung:

